

Schriftliche Anfrage

betreffend **Betrugsfälle von Flüchtlingen mit Status S**

eingereicht von: Pascal A Werner (SVP)

am: 3. Juni 2024

Geschäftsnummer: 2024.42

Text

Der Landbote berichtete am Dienstag, 07.05.2024 über eine zu integrierende Roma-Familie aus Ossingen.

Die Kinder sollten an der Schule Lesen und Schreiben lernen – aber dann war die Familie plötzlich weg. Kein Einzelfall gemäss Experten.

Begründung

Im Februar 2024 hat das kleine Weinländerdorf Ossingen eine grosse Flüchtlingsfamilie aufgenommen. Die sechs Kinder wurden in der Gemeinde eingeschult – Die Jüngsten besuchten Kindergarten und Primarschule, wobei der älteste Sohn in die Oberstufe kam. Unterhalten konnten sich die Lehrpersonen mit Ihnen nur sehr eingeschränkt. Sie sprachen ein Gemisch aus Russisch und Ukrainisch und konnten weder lesen noch schreiben. Die älteren Kinder wurden in eine externe Sprachschule geschickt.

Die Ossinger Schule erhielt die Aufgabe, den sechs Kindern nicht nur deutsch, sondern auch das Lesen und Schreiben beizubringen. Eine grosse Herausforderung, wie sich herausstellte. Die Oberstufe hatte sich mit der Primarstufe abgesprochen und hierfür verschiedene Lehrmittel gekauft, doch auf einmal war die Roma-Familie weg. Das Haus stand quasi vom einen auf den anderen Tag leer.

Dieser aussergewöhnliche Vorfall ist kein Einzelfall und nimmt schweizweit zu. Wie aus der Landbote-Redaktion hervorgeht, sollen zehn Roma-Familien in Bern den Schutzstatus S für ukrainische Flüchtlinge mit erschlichenen Pässen missbraucht haben. Es wird vermutet, dass viele Familien die Sozialhilfe mehrfach kassieren und die Schweiz verlassen. Dieser Trend beunruhigt die Schweizer Behörden und wird von Berner Regierungsrat und Asyldirektor Pierre Alain Schnegg bestätigt.

Daraus stellen sich folgende Fragen:

1. Sind solche oder ähnliche Fälle in Winterthur bekannt? Falls ja, gibt es «griffige» Massnahmen um keine Sozialhilfegelder zu verschwenden?
2. Gibt es Statistiken über ukrainische Flüchtlinge mit Status S in Winterthur? Und was beinhalten solche Statistiken?
3. Ist es für den Stadtrat denkbar, ein Notfallszenario auszuarbeiten um solche Fälle zu verhindern?
4. Gibt es eine alternative Lösung, wie zum Beispiel eine lokale, personalisierte Bezahlkarte anstelle von Bargeld, damit solch ein Betrug nicht mehr möglich ist? Gemäss dem Regierungsrat ist die Gemeinde für eine solche Lösung zuständig.